

Grüne Baselland
Sekretariat
Postfach 1344
4133 Pratteln 1
T/F 081 381 74 08
www.gruene.ch/bi
bi@gruene.ch
PC-Konto 40-7608-1

GRÜNPOL

Rundbrief zu aktuellen Themen

Erleichterte Einbürgerungen - Sinnvolle politische Integration

Von Jürg Wiedemann, Landrat Grüne Fraktion



Am 26. September stimmen wir über zwei wichtige politische Fragen ab: Einerseits für eine erleichterte Einbürgerung von Jugendlichen der zweiten Generation, den sogenannten Secondas und Secondos, und andererseits für das automatische Bürgerrecht bei Geburt für die dritte Generation, den Terceras und Terceros.

Die heutige Gesetzgebung weist deutliche Mängel auf: Wer sich einbürgern lassen will, muss einen langen und bürokratisch aufwändigen Instanzenweg gehen und über ein dickes Portmonee verfügen. Manche Gemeinden und Kantone fordern bei der Einbürgerung eine Gebühr von mehreren zehntausend Franken; für die meisten Ausländerinnen und Ausländer unerschwinglich. Dabei wäre es wichtig, diese jungen Menschen am gesellschaftlichen und politischen Leben in der Schweiz, mit sämtlichen Rechten und Pflichten, teilnehmen zu lassen. Das Einbürgerungsverfahren ist heute kompliziert und verursacht bei den Verwaltungen einen hohen administrativen Aufwand und erhebliche Kosten.

Neu sollen ausländische Jugendliche zwischen dem 14. und 24. Lebensjahr unter folgenden Voraussetzungen erleichtert eingebürgert werden können: Sie müssen mindestens fünf Jahren der obligatorischen Schulzeit in der Schweiz absolviert haben, im Besitz einer Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung sein, mindestens seit zwei Jahren in der Einbürgerungsgemeinde wohnen, eine Landessprache sprechen, sich an die Rechtsordnung halten und in der Schweiz vollständig integriert sein. Diese Vorlage vereinheitlicht gesamtschweizerisch das Einbürgerungsverfahren und ist nicht nur aus integrationspolitischer Sicht notwendig, sondern auch aus volkswirtschaftlichen Gründen sinnvoll.

Die zweite Vorlage ermöglicht es der dritten Generation, das Schweizer Bürgerrecht bereits bei ihrer Geburt zu erhalten, sofern die Eltern dies nicht ausschlagen. Diese Kinder kennen keine andere Heimat als die Schweiz und sie unterscheiden sich in nichts von Schweizer Kindern. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb sie ihnen nicht gleich gestellt werden sollten.

Mit der Zustimmung dieser beiden Gesetzesänderungen sendet die Schweiz ein wichtiges Signal aus: Für ein friedliches und gleichberechtigtes Miteinander in einer multikulturellen Gesellschaft. Fremdenfeindlichkeit und Rassismus treten wir dabei entschieden entgegen.

Postdienst für alle Darf es etwas weniger sein? - Wie oft noch !!!

Von Bernadette und Claude Fitzé, Bennwil

Seit der Pensionierung der Posthalterin im Sept. 2000 hat die Gemeinde Bennwil keine Poststelle mehr. Damit hat diese Gemeinde nur dasselbe Schicksal erlebt, wie leider sehr viele andere vorher und nachher auch.

Einst schlossen die Dorfbeizen. In den 70 - er Jahren sprach man vom Lädelisterven. Dann waren es die Banken. In der jetzigen Zeit schliessen die Poststellen. In Zukunft werden es die Gemeindeverwaltungen sein, die zusammengelegt werden. 60 Prozent der Schweizer Gemeinden haben weniger als 1000 Einwohner. Ist materieller Gewinn das Ziel, so kann in solch kleinen Einheiten keine umfassende Infrastruktur aufrechterhalten werden. Die Dorfstrassen werden leer, alle Geschäfte werden im nächsten grösseren Ort abgewickelt. Die Dorfbewohner grüssen einander von Autofenster zu Autofenster. Man hat ja keinen Grund mehr, zu Fuss durchs Dorf zu gehen. Während an anderen Orten die Kassen gefüllt werden, verarmt das alltägliche soziale Zusammenleben im Dorf.

Wollen wir diese Entwicklung wirklich? Wie viele Opfer bringen wir all den Renditen? Es sind einmal mehr die älteren Menschen und die wirtschaftlich weniger Starken, die das Nachsehen haben.

Wir befürworten diese Entwicklung nicht. Die Dienstleistungen des Service Public, namentlich zu Gunsten der älteren Bevölkerung und derjenigen, die sich kein Auto leisten können oder wollen, müssen erhalten bleiben.

Die Initiative «Postdienste für alle» beweist: Die Mehrheit der Bevölkerung steht hinter einem funktionierenden Service public.

PAROLEN

Zu den Abstimmung vom 26. September 2004

| | |
|---|-------------|
| Einbürgerungen und erleichterte Einbürgerung junger Ausländer der 2. Generation | JA |
| Bürgerrechtserwerb von Ausländern der 3. Generation | JA |
| Volksinitiative „Postdienst für alle“ | JA |
| Erwerbsersatz / Mutterschaftsversicherung | JA |
| Kredit für Sinfonietta | JA |
| Teilrevision Verwaltungsverfahrensgesetz | FREI |

Endlich Ja zum Erwerbsersatz bei Mutterschaft!

Von Maya Graf, Nationalrätin

Die Mutterschaftsversicherung in der Schweiz ist eine Zangengeburt! Obwohl vor fast 60 Jahren mit einem Verfassungsauftrag auf Bundesebene gezeugt, kommt und kommt dieses Kind nicht auf die Welt. Am 26. September haben wir als Stimmbürgerinnen und Bürger nun das vierte Mal die Gelegenheit, die längst fällige Geburt einzuleiten. Damit Mütter wie sonst überall in Europa endlich einen bezahlten Mutterschaftsurlaub haben. Erwerbstätige Mütter (selbständig- und unselbständig Erwerbende!) werden 14 Wochen lang einen Erwerbsersatz von 80% beziehen können. Diese Mittel werden aus dem Topf der Erwerbsersatzordnung geholt, wie diejenigen für die Soldaten, Zivilschützer und Zivildienstleistenden auch. Denn dieser Topf hat Überschüsse in dreistelliger Millionenhöhe und wird bis heute auch von jeder erwerbstätigen Frau gespiesen, ohne dass sie je einen Rappen davon zurück erhalten hätte. Darum ist die, von Parlamentarierinnen aller Bundesratsparteien und oberstem Gewerblener der Schweiz, Nationalrat Triponez vorgelegte Lösung bestechend einfach, schlank und kostengünstig. Wenn auch wir Grüne sie als Schmalpurvariante bezeichnen müssen (Mütter ohne Anstellung gehen nämlich leer aus!) und uns seit Jahren für eine echte Mutterschaftsversicherung einsetzen, hat diese Vorlage wenigstens eine grosse Chance durchzukommen. Die frauenfeindlichen „Geburtsverhinderer“ der SVP stehen diesmal alleine da. Möge dieser bezahlte Mutterschaftsurlaub nun endlich, endlich das Licht der Welt erblicken, auch mit der Hilfe von uns Grünen Frauen und Männern!

JA zur Sinfonietta

Florence Brenzikofer, Landrätin Grüne Fraktion



Am 26. September 2004 entscheidet das Baselbieter Volk, ob die *Sinfonietta* durch eine jährliche Basisfinanzierung von 650'000 Franken (vorerst bis 2006) subventioniert werden soll. Warum eine „Baselbieter Sinfonietta“? Der Kanton Basel-Stadt beschloss im kulturellen Bereich anderweitige Prioritäten zu

setzen (Neue Medien und Kunst) und so erlosch das Subventionsverhältnis Ende 2003 mit der *basel/ sinfonietta*. Für den Kanton Basel-Landschaft bietet die „Übernahme“ der *Sinfonietta* eine einmalige Möglichkeit sein kulturelles Angebot durch ein künstlerisch wie strukturell beispielhaftes Orchester zu ergänzen. Der jährliche Subventionsbeitrag von 650'000 Franken ist für ein Orchester dieser Grösse ein verantwortbarer Beitrag im Sinne einer Basisfinanzierung. Hier ist zu unterstreichen, dass die *Sinfonietta* einen bemerkenswert hohen Eigenfinanzierungswert von 65% aufweist. Dies ist dank den schlanken Honoraren der Musikerinnen und Musiker und dem stetig wachsenden Publikumszuspruch möglich. Die *Sinfonietta* ist kein elitäres Luxusorchester, sondern bietet ein breit gefächertes Kulturangebot für die Bedürfnisse weiter Bevölkerungskreise!

Zudem offeriert die *Sinfonietta* den Baselbieter Schulen spezielle Konzerte und Kooperationsprojekte (Workshops, Auftritte, Probenbesuche) und das Orchester erklärt sich bereit, die Zusammenarbeit mit Chören aus der Region zu verstärken - zwei Ansätze, die ich sehr unterstütze. Die Mitglieder der *Sinfonietta* sind neben der Orchesterarbeit als freie Musikerinnen und Musiker in Ensembles und Kammermusikformationen tätig. Eine Mehrheit von ihnen lebt oder arbeitet im Kanton Baselland. Der Landrat hat sich am 5. Februar 2004 deutlich zur *Sinfonietta* bekannt. Auch die Grüne Fraktion hat sich einstimmig für die Vorlage ausgesprochen. Sagen wir am 26. September 2004 JA zur *Sinfonietta*, JA zu einem qualitativ hoch stehenden Baselbieter Orchester!

Stimmfreigabe zur Teilrevision des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVG)

Von Urs Knecht, Vizepräsident Grüne BL

Nebst vielen unbestrittenen Neuerungen soll bei der Teilrevision des VwVG neu die Kostenpflicht für verwaltungsinterne Beschwerdeverfahren eingeführt werden. Für diese Neuerung spricht, dass damit die entsprechenden Verfahren effizienter und kostengerechter ausgestaltet und mutwillige Beschwerden eingedämmt werden könnten. Dagegen wird eingewendet, es sei eine fragwürdige Tendenz, die Steuern zu senken und im Gegenzug alle möglichen Gebühren zu erhöhen. Wenigstens das Beschwerderecht in Verwaltungsangelegenheiten sollte unentgeltlich bleiben.

Grün behauchte Gymnasien

Von Etienne Morell, Landrat Grüne Fraktion



Das Erfolgsjahr 2003 hat gezeigt, dass die Grünen im Baselbiet eine ernst zu nehmende und ernst genommene politische Rolle innehaben. Nun sind wir so stark, dass wir auch an den Gymnasien eine Rolle spielen sollen. Dem Regierungsrat wurden vor den Sommerferien drei grüne Kandidaturen für die Schulräte der

Gymnasien unterbreitet. Für das Gym Oberwil Miriam Schmidlin (Einwohnerrätin Binningen, Mitarbeiterin Erziehungsdirektion BS) für das Gym Muttenz oder Liestal Theres Fraefel (ehem. Jugendrätin, Studentin HSG) und ich selbst für das Gymnasium Münchenstein. Während meiner Ferien noch erfuhr ich von meinem Glück (vorerst als einziger) in mein ehemaliges Gymnasium nach erst zwei Jahren Pause zurückkatapultiert zu werden. Diesmal ganz ohne Notenstress, aber nicht ganz ohne Druck. Die Herausforderung, meine Lehrerinnen und Lehrer, meine Schulleitung nach so kurzer Zeit von einer ziemlich anderen Perspektive wieder zu erleben, ist eine nicht nur einfache Gelegenheit, die ich mit viel Respekt angehen will. Meine Absicht ist es, mit der ziemlich frischen Erinnerung des Schülers und mit den Möglichkeiten eines Landrates so zu wirken, dass auf eine bestmögliche Unterrichtsstätte für Lehrerinnen und Lehrer und insbesondere für die Schüler und Schülerinnen hingearbeitet wird.

Cannabis und Grüne

Gastbeitrag von PJ Wassermann, Hersberg



Der geschichtliche Hintergrund

Cannabis ist wahrscheinlich die älteste Kulturpflanze der Menschheit. Sie diente sowohl als Rohstofflieferant für Kleider, Bau und die stärksten Seile als auch als Medizin gegen alle möglichen Unpässlichkeiten. Ihre psychoaktiven Fähigkeiten waren den Menschen der Urzeit sicher auch schon bekannt und stellten gemäss den vorliegenden historischen Erkenntnissen bis ins 20. Jahrhundert nie und nirgends ein Problem dar.

Die Problematisierung und Kriminalisierung von Cannabis begann erst nach der amerikanischen Alkoholprohibition, als Harry Anslinger, der Leiter der amerikanischen Alkoholbehörde, für sich und seine Polizisten Arbeitslosigkeit befürchten musste. Weitere Faktoren spielten hinein – hier sei nur kurz erwähnt, dass die aufstrebende Dupont-Dynastie im Hanf eine unliebsame Konkurrenz für ihre neuen Kunstfasern sah. Jedenfalls schaffte es eine unheilige Allianz von Anslinger, Dupont und dem Pressemagnaten Hearst, den Hanf in den USA zu verbieten. Bereits 1951 bewirkten die USA Cannabisverbote in grossen Teilen der Welt, so auch in der Schweiz.

In den späten 60ern und den 70er Jahren wurde Cannabis zur Lieblingsdroge der Hippiebewegung. Den herrschenden Kräften kamen die Hanfverbote sehr gelegen, um die Hippies zu kriminalisieren und ihre Bewegung zu zerschlagen. Nichts illustriert die damalige Situation sowie die Rolle der Hanfverbote besser als die Verurteilung des Hippie-Wortführers und LSD-Propheten Timothy Leary zu zwölf Jahren Zuchthaus für den Besitz von zwei Grass-Joints. Bis heute werden die Cannabisverbote von Rechtspolitikern gerne benützt, um unliebsame Gegenkulturen und nonkonformen Lebensstil zu bestrafen.

Der abgestürzte Gesetzesentwurf

Schon seit drei Jahrzehnten plädieren vernünftige Politiker für die Abschaffung der Hanfprohibition. Im Laufe der letzten zehn Jahre haben Politiker aller Parteien und die besten Suchtmittel-Experten der Schweiz an einem neuen Betäubungsmittelgesetz (BTMG) gearbeitet. Während der sonst eher konservative Ständerat das Gesetz zweimal gutgeheissen hatte, lehnten sowohl der alte Nationalrat 2003 als auch der neu gewählte Nationalrat im Juni 2004 ab, über den mit Millionenaufwand entwickelten Gesetzesentwurf überhaupt zu diskutieren - eigentlich ein Riesenskandal.

Die Fronten sind ganz klar:

- die SVP lehnte die Diskussion über das neue BTMG geschlossen ab.
- SP und Grüne stimmten geschlossen für die Diskussion über das neue BTMG.
- Die FDP war gespalten.

- Das Zünglein an der Waage spielte die CVP. Während sie in den letzten Jahren eher der Vernunft zugänglich gewesen war, liess sich die katholische Partei vor der Abstimmung von rechten Sektierern aus dem VPM-Umfeld (siehe Tagesanzeiger vom 14.6.2004) einwickeln und stimmte fast vollständig gegen das neue BTMG.

Die Initiative

Im Vorfeld der NR-Abstimmung war die Niederlage bereits abzusehen, weshalb sich im Hintergrund ein breit abgestütztes Komitee vorbereitete, das kurz nach der Abstimmung die Initiative "Pro Jugendschutz" ankündigte und bereits am 20. Juli 2004 offiziell lancierte. Das Co-Präsidium besteht aus:
Nationalrätin Christa Markwalder Bär, jf/FDP/BE, Burgdorf (Pressesprecherin)
Nationalrat Geri Müller, Grüne/AG, Baden
Nationalrätin Ursula Wyss, SP/BE, Bern
Ständerat This Jenny, SVP/GL, Glarus
Nationalrätin Rosmarie Zapfl, CVP/ZH, Zürich
Nationalrätin Maria Roth-Bernasconi, SP/GE, Genf
Am 10. August 2004, also nach etwa drei Wochen, waren bereits 60'000 Unterschriften gesammelt, und dies ohne schlagkräftige Organisation und ohne viel Kapital. Allerdings ist die Hanfszene im Internet recht gut organisiert, und viele Aktivisten laden die Unterschriftenbögen selbst herunter und arbeiten auf eigene Faust.

Die Politik der Grünen

Man spricht von 500'000 Cannabis-Konsumenten in der Schweiz, es können ohne weiteres auch 700'000 sein. Die meisten von Ihnen sind politikverdrossen, weil sie während der letzten 30 Jahre eine Niederlage nach der anderen einstecken mussten, obwohl sie stets über die besseren Argumente verfügt haben. Die Cannabis-Konsumenten sind ein riesiges, brachliegendes Wählerpotential, denn ein grosser Teil von Ihnen ist wahlabstinent.

Die Grünen hatten bisher die Meinungsführerschaft in der Hanf-Diskussion, sie sind die einzige Partei, die sich stets ohne Wenn und Aber für die Legalisierung eingesetzt hat. Vor der NR-Abstimmung war aber von den Grünen wenig zu hören, und auch in den grünen Mittelungsblättern kam das Thema nur noch ganz am Rande vor. Nun hat ein überparteiliches Komitee die Initiative an sich gerissen, was der Sache sicher dienlich ist, was aber für die Grünen den Verlust eines wichtigen Themas bedeutet.

Man stelle sich vor, dass die Grünen das für sie prädestinierte Thema wieder konsequent besetzen. Das könnte daraus bestehen, dass die Grünen nach Erreichen der 100'000 Unterschriften sich für eine möglichst baldige Abstimmung einsetzen, dass sie konsequent gegen Volksverhetzer wie Kurt Wasserfallen oder Sabine Pegoraro (Regierungsrätin BL) vorgehen und dass sie den jährlich 40'000 wegen Hanfkonsums Verzeigten auf jede nur mögliche Weise beistehen. Wenn nur die Hälfte der 500'000 Cannabisbürger für die Grünen stimmt, dann sind Wahlergebnisse im Bereich von 15% bis 20% im Bereich des Möglichen.

Link zur Cannabis-Initiative und zum Download der Unterschriftenbogen:

<http://www.projugendschutz.ch>

MAIS IM FELD
Wirkungen und Nebenwirkungen
der Agro-Gentechnologie

Referat und Diskussion von und mit
Maya Graf

Samstag, 11. September um 20.00 Uhr
Bildungszentrum 21, Basel
Missionsstrasse 21

Maya Graf ist davon überzeugt, dass die Agro-Gentechnologie neue Risiken und Abhängigkeiten mit sich bringt - mit Konsequenzen, die wir in Europa zu tragen haben, die sich aber auch in Entwicklungsländern negativ auswirken. Maya Graf hat im Politthriller "Mais im Bundeshaus" mitgewirkt.

Mitgliederaktion

Mitglied werden bzw. Mitglied werben lohnt sich:

- Wer schon lange der gleichen Meinung ist wie die Grünen, und sich jetzt zu einer Mitgliedschaft in der Partei entschliesst, erhält von uns eine spezielle **Grüne Blumenvase** als Willkommensgeschenk.

Neumitglied

Name/Vorname:

Adresse:

Wohnort:

- Wer selber schon Mitglied ist und eine Person als Grünes Mitglied werben kann, erhält von uns eine Offizielle **Grüne Partei-Fahne**.

Beworben von:

Name/Vorname:

Adresse:

Wohnort:

Einsenden an: Grüne Baselland, Postfach 1344
4133 Pratteln

Wer den Film verpasst hat, oder ihn noch einmal sehen möchte, hat die Gelegenheit dazu am Open Air Reinach, 23.8.04. Anwesend ist Maya Graf und die Putzfrau aus dem Bundeshaus.



Freitag 20.8. | 21.00 Uhr
Good Bye Lenin

Montag 23.8. | 21.00 Uhr
**Mais im Bundeshaus
le genie helvétique**
Live im Talk: Nationalrätin Maya Graf
und Nationalrat Johannes Hadwegger

Mittwoch 25.8. | 21.00 Uhr
Whale Rider

Freitag 27.8. | 21.00 Uhr
Vertilger: **What Happened
to Switzerland?**
Live im Talk: Regisseur Roland Jähmi
Lost in Translation

**OPEN AIR
FILMTAGE
REINACH**
20.8.-27.8.2004

Auf dem Areal KZ Reinach
Wohlmerstrasse 11
Bei schlechter Witterung:
Auh KZ

Grüne vernetzen sich in Laufen

Es gibt sie: aktive Grüne, grün- Interessierte, Grün- SyphathisantInnen grün Wählende und heimliche Grüne in Laufen!

für die Knüpfung eines Kontaktnetzes, evtl. Gründung einer Ortsgruppe oder einer Partnergruppierung mit grünen Interessen werden Leute gesucht!

Interessierte senden doch bitte einfach ein Mail an bl@gruene.ch oder melden sich bei Björn Schaub
Tel. 061 381 74 08

Hilfe erwünscht!

Die Grünen Baselland sind im Rahmen der Unterschriftensammlung zur Einheitskrankenkasse verpflichtet, eine Quote von 600 Unterschriften für die Einheitskrankenkasse zusammenzutragen. Aktuell haben wir knapp die Hälfte davon erreicht. Die Zeit drängt langsam aber sicher...

Unter www.gruene.ch/bl findet man den Unterschriftenbogen zum ausfüllen und ein kleines Argumentarium.

Um jeden Unterschriftenbogen, der bis zum 7. September ans Sekretariat (Björn Schaub, Knöringerstrasse 6, 4055 Basel).gesendet wird, sind wir dankbar!